

Ostfriesische Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N^o. 1.

Sonntag den 7. Mai

1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Gr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. Hannoverschen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlags-handlung erbeten.

Über die Theilnahme der Bürger am Staatsleben.

I.

Unser Volk ist aus einem langen, durch die Staatsformen künstlich genährtem Schläfe erwacht, und von einer fieberhaften politischen Bewegung ergriffen, die um so stärker ist, je größer die Masse der angesammelten Schädlichkeiten war; daß aber eine solche Fieberhitz keine dauernde sein könne, daß sie leicht Abgeschlagenheit und Gleichgültigkeit zur Folge haben kann, ist selbst dem oberflächlichsten Beobachter menschlicher Verhältnisse klar; es fragt sich nun, wie viel äußere und innere Theilnahme am Staatsleben für die Dauer da sein müsse, um uns auf gleiche Weise vor Reaction und Anarchie zu schützen. Die Anhänger des gestürzten Systems hoffen in der früher oder später eintretenden Beruhigung der politischen Aufregung die Gelegenheit zum Rückschritte zu finden; daß dies keine eitle Partheihoffnung sei, lehrt die Geschichte aller Revolutionen, die sich stets bedeutend, bisweilen völlig zum Ausgangspunkte zurückwälzten. Die Anhänger dieser Partei stützen sich auf der allgemeinen Erfahrung, daß der unendlich größere Theil der Bürger vor allen Dingen Ruhe will, daß er seine Privatangelegenheiten nie lange

der Theilnahme an der Politik opfern will oder kann, daß er meistens lieber etwas Druck, als ewige Unruhe will. So fanden sich in der ersten französischen Revolution von 80,000 Wählern der Stadt Paris 1791 nur 8000 zur Wahl des hochwichtigen Posten eines Maire von Paris ein und die Folge war, daß die Intriguen der Königin die Wahl von Lafayette auf Dethion lenkten; in England nimmt gemeinlich nur ein verhältnißmäßiger kleiner Theil der Nation an der Politik unmittelbar Antheil.

Was thun nun die Freunde der Freiheit und des Fortschrittes gegen diese unleugbare und nothwendig über kurz oder lang auch bei uns eintretende Gefahr? Sie greifen entweder zu einem förmlichen System beständig unterhaltener Agitation; Press- und Redefreiheit, Bürgerversammlungen und Bürgerbewaffnungen, Petitionen, Klagen, Verdächtigungen und Warnungen vor Reaction dienen ihnen auf gleiche Weise dazu, wie sie sagen, den Gemeingeist, wie andere behaupten, die Agitation wach zu erhalten; aber bald, gar bald werden sie entweder rathlos vor dem Werke ihrer eigenen Verschwörung stehen, oder sie werden sehen, daß solche kräftige Reizmittel die politischen Nerven gar schnell abstumpfen, Ekel erregen und dann der natürlichen politischen Trägheit und dem Egoismus den Vorwand

geben werden unter dem Rufe nach Ordnung und Ruhe sich zu verstecken. Schon jetzt hört man vielfach: „Fort mit den Wühlern, den Agitatoren, den Schwarzmalern!“ und bald wird die Zeit kommen, wo mancher edle Freund der Freiheit als ein Agitator verschrien wird.

Andererseits helfen sich die Männer des Fortschrittes durch eine möglichste Erweiterung des activen und passiven Wahlrechts, indem man jede Bedingung des Standes, des Eigenthums, der Einsicht hinsichtlich der Theilnahme am Staatsleben aufhebt, und Staatsbürgerthum auf der nackten Persönlichkeit basirt. Wie wenig man hierin auf die Gliederung des Staats Rücksicht genommen, wie wenig man hierbei den Grundsatz beachtet hat, daß, wer ein Haus baut, beim Fundament beginnen muß, behalten wir uns einer spätern Erörterung vor; hier bemerken wir nur, daß eine solche allgemeine Theilnahme am Staate in seinen höchsten Beziehungen für unsere Culturstufen unmöglich, oder, wenn durch unnatürliche Mittel möglich, verderblich sein muß. Man spricht davon, die Souverainetät dürfe nur der Ausdruck des Gesamtwillens sein, und deshalb beschränkt man weder passive noch active Wahlfähigkeit. Ich fürchte, daß, wenn der Gesamtwille sich wirklich rein offenbarte, das Facit entweder eine Unmöglichkeit oder eine Albernheit wäre; hätte jene Ausdehnung das Wahlrecht die Folge, wie so viele Freiheitsmänner hoffen, so stürzten wir sicher entweder in die Reaction oder die Anarchie. Zum Glück ist der Gesamtwille eines Volkes etwas Anderes, als ein arithmetisches Exempel, etwas anderes auch, als die Despotie der erscheinenden Minorität über die nicht erscheinene Majorität, etwas anderes endlich, als die bisherigen Fiktionen des Repräsentationssystems erscheinen ließen.

So gewiß nicht alle Völker auf derselben Stufe der Cultur stehen, und deshalb ein und dieselbe Verfassung für alle oder für eins zu jeder Zeit ein Unsinn ist, eben so wenig können für die nächsten Jahrhunderte alle Staatsbürger einen gleichen Antheil am Staatsleben nehmen. Die Menschen sind verschieden nach körperlichen und geistigen Anlagen, Zufälligkeit der Entwicklung, nach Geschlechtern, Alter und Besitz. Bis jetzt hat die Menschheit durch die bevorzugten Stände des Königthums und Adels geleitet werden müssen; von nun an wird sie es durch die Männer der Erkennt-

niß und der Tugend. Wehe uns, wenn wir jetzt schon völlige Gleichheit des Staatsbürgerthums verkünden; die Folge würde auch Gleichheit des Besitzes sein, und damit ein Idealzustand Jahrhunderte zu frühe geboren sein. Jedes Volk hat die Verfassung, für die es reif ist; wir haben die Vormundschaft des Königthums und des Adels überlebt; wir werden die der Intelligenz bekommen; hüten wir uns, daß diese Intelligenz ihre Idealzustände mit uns durchexperimentire; wir würden schreckliche Erfahrungen durchmachen und doch zurückfallen in die Zustände, für die wir reif sind.

Souverainetät des Volks ist ein Unsinn, so lange nicht alle befähigt sind, über alle Fragen zu urtheilen. Republik oder constitutionelle Monarchie bestehen in unserer Bildungsstufe stets in der Regierung der Intelligenz.

Was ist nun die politische Aufgabe der Masse des Volks. Es soll die Intelligenz suchen, und ihr folgen. Was die Intelligenz erkannt, berathen, beschloßen, soll das Volk begreifen, ausführen, schützen. Das Volk bedarf deshalb der Erkenntniß der Freiheitsinstitute, in denen es sich selbst bewegt, der Gefühlswärme für die Grundpfeiler der Freiheit und des richtigen Tacts für die Wahl seiner Repräsentanten. In der nächsten Nummer besprechen wir den letzten Punct zuerst.

(Fortsetzung folgt.)

Unterricht auf Staatskosten.

Schreckhaft fuhren viele ängstliche Gemüther zusammen, als sie in diesen Tagen von einer Erziehung auf Staatskosten lasen; viele glaubten schon das Schreckensgespenst des Communismus leibhaftig vor sich zu sehen, und halb in Angst, halb in Born fragten sie, was aus der Welt werden solle, wenn alle Kinder denselben Unterricht, dieselbe Erziehung erhielten; „Niemand, sagte man, wird mit seiner Stellung zufrieden sein, Alles nach oben streben, und endlich ein Krieg Aller gegen Alle entstehen.“ Wahrlich, ein seltsames Gemisch von Angst, Selbstsucht und Unwissenheit! Mögen folgende Andeutungen zur Aufklärung dieser hochwichtigen Frage und zur Anregung für eine allseitige Erörterung dienen. Die ganze Weltgeschichte, insbesondere aber die Zeit seit der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zeigt ein fortwährendes Anstreben der Menschheit zur Gleichstellung aller Menschen in geisti-

ger und materieller Beziehung; soweit dies nicht durch Verschiedenheit der Anlagen, der Geschlechter, des erbten Eigenthums, der zufälligen Umstände beschränkt wird, wird es dereinst eintreten; über das Wann kann Niemand urtheilen, über das Wie müssen wir suchen uns klar zu werden.

Siegend hat der Zeitgeist politische Gleichstellung aller Staatsangehörigen proclamirt; ob dies eine mögliche Errungenschaft Deutschlands bleiben wird, ist noch sehr zweifelhaft; denn Frankreich hat dreimal dasselbe gethan, und ist dreimal zur Beschränkung der staatlichen Rechte durch das Eigenthum zurückgekehrt; selbst jetzt ist sein Bestehen noch zweifelhaft. Dreimal durch das Resultat enttäuscht, warf sich die Arbeiterklasse, die hauptsächlich die Freiheitskriege erkämpft hatte, dem Communismus und Sozialismus in die Arme, und, weil sie sah, daß das Eigenthum sie ausschloß von der staatlichen Berechtigung, kam zu dem Verlangen nach materiellem Genuß der politische Haß. Unsere Zukunft hängt hauptsächlich von der Möglichkeit ab, inwiefern die Kluft zwischen den Besitzenden und Besitzlosen ausgefüllt werden kann. Das gefährliche Mittel der politischen Gleichstellung hat man versucht; ich fürchte, der Dank für diesen Edelmuth wird nicht besser als der polnische. Geholfen wird nur durch möglichste Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter. Beschränkung der Concurrenz, Associationen der Arbeiter, Berücksichtigung der Arbeitskraft als Capital, Regelung der Auswanderung, vielleicht Betheiligung des Staats als Arbeitgebers, müssen hier nebst andern Punkten die leitenden Gedanken sein; aber nicht minder wichtig ist die Förderung der geistigen Lage des Proletariats. Innere Mission, Mäßigkeitsvereine, Sonntagsschulen, Arbeitervereine, wohlfeile Lectüre, Kinderbewahranstalten, Rettungshäuser und was für Anstalten sonst christliche Liebe und Humanität in's Leben gerufen haben und rufen werden, haben trotz des Spottes Einzelnen viel geholfen, und werden in Zukunft bei freien Institutionen noch mehr helfen; sie können vielleicht einen ähnlichen Einfluß gewinnen, wie sie in England seit einem Jahrhundert haben, falls Deutschland sich zur Einheit und Freiheit entwickelt. Aber das wichtigste Mittel zur Hebung der Arbeiterklassen muß und wird in dem unentgeltlichen Unterrichte gesucht werden.

Dies Verlangen ist erstlich ein Recht. Der Staat hat jetzt aufgehört bloß Macht, oder gar Eigenthum

regierender Familien, oder Kasten zu sein; er soll von jetzt an das edelste irdische Gut des Menschen werden, einer der gewaltigsten Hebel für die sittliche Entwicklung der Menschheit, und darum muß er Leben und Kraft in allen seinen Gliedern wecken, und die Tugend zum Princip jedes Gemeinwesens machen. Deshalb verlangt er mit Recht von seinen Angehörigen, daß jeder nach Kräften zur Förderung der Zwecke beitrage, die des Staates sind. So lange der Cabinetts- und Polizeistaat herrschte, galt die Schule noch für keinen wesentlichen Theil des Staatsorganismus; man förderte und überwachte sie aus polizeilichen, nicht aus sittlichen Gründen, und mit Recht verlangte man Emancipation der Schulen vom Staate. Auch jetzt im sittlichen Staate soll sie nicht die Magd, sondern ein freies Glied der Staatsfamilie werden, wie überhaupt die Idee der Staatsgewalt nur in dem freien Zusammenwirken aller seiner Theile wird gesucht werden müssen. Administration, Gerechtigkeitspflege, Heer, Polizei, ja sogar Handel, Industrie sind von allen anerkannte Theile des Staatsorganismus; wir zehlen alle ohne Bedenken die Steuern für deren Erhaltung und Förderung. Wer wagt es zu leugnen, daß Unterricht eben so wichtig, und daß der Staat weniger verpflichtet sei, die Leiber zu schützen, als die Seelen, die Taschen zu füllen, als die Köpfe? Nicht jeder gewinnt durch die Förderung des Handels und der Industrie, und dennoch ist jeder mit den darauf verwandten Summen zufrieden, weil er weiß, es kommt dem gesammten Organismus des Staats und so indirect auch ihm zu Gute; nicht jeder schickt Kinder in die Schulen, und dennoch wissen alle, daß das Wohl des Ganzen von der Bildung der Einzelnen abhängt; also müssen sie aus Gründen des Rechts und der Staatsidee für unentgeltlichen Unterricht stimmen.

Unsere Forderung des Rechts ist ferner ein Gebot des Christenthums.

Das Christenthum, welches lehrt, daß geistige Ausbildung nicht nothwendig sei zum christlichen Bessers- und Seeligwerden, hat recht; das aber, welches lehrt, daß es gleichgültig sei, spricht falsch und gegen Christus Lehre. Darum soll der Christ nicht ruhen und rasten, die geistige Bildung aller Stände zu fördern. Herbei, ihr Prediger des Wortes Gottes, herbei ihr alle, die ihr den hohen Namen Christen tragt, auf daß ihr

nicht schwere Verantwortung in jener Welt auf euch ladet.

Unsere Forderung des Rechts und unser Gebot des Christenthums ist endlich ein Rath der Klugheit.

Unentgeltlicher Unterricht entwaffnet die Erbitterung der unteren Classen, verringert ihre Reihen, verschmilzt sie mit den besseren Ständen, macht Revolutionen blutloser, erhöht den Wohlstand aller. Unentgeltlicher Unterricht pflanzt die Hoffnung vor jedes Auge auf, und diese ist es, die die Waffe der Faust des Proletariats entwindet.

Soll ich euch endlich, Freunde politischer Freiheit, noch zur Hülfe rufen, ihr, die ihr wißt, daß nur geistige Freiheit politische möglich, nur Mündigkeit der untern Classen Reaction unmöglich macht? oder soll ich euch vielleicht noch anmahnen, Anhänger des Humanismus, die ihr den Zweck des Erdenlebens in der Entwicklung des Individuums, den Zweck der Menschheit in ihrer geistigen Vollendung seht? Auf Befürchtungen, daß allzugroße Bildung schädlich oder für die Ruhe des Staats gefährlich sei, werde ich mit statistischen Angaben, auf die Sorge einer zu raschen Umwandlung mit einigen Bemerkungen über die von selbst, zumal im Anfang eintretende Beschränkung der Benutzung antworten.

Aufforderung zur Bildung politischer Clubs.

Deutschland bedarf jetzt vor allen Dingen der Einheit; Parteien aller Farben und Schattirungen bedrohen sie im Innern; nach außen hat das Vaterland keinen wahren Freund. Rettung ist nur möglich, wenn die Besten sich vertrauensvoll an einander schließen, und wie ein festes Ganzes Parteizwecken jeder Art entgegentreten. Parteizwecke aber verfolgt jeder, der seine Ueberzeugung mit Gewalt einer Majorität aufzudrängen sucht; der Patriot erwartet und unterwirft sich der gefeglich sich kundgebenden Majorität. Deshalb keine constitutionelle, keine republicanische, keine absolutistische, keine bureaucratische, sondern politische Clubs. In ihnen und durch sie siege der Geist der Majorität, in ihnen und durch sie lebe und wirke die Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit, aus ihnen

gehe der Patriotismus hervor, der da weiß, daß das höchste Opfer auf dem Altar des Vaterlandes und der Freiheit das der eigenen Ueberzeugung ist. Vergesse jeder seine eigenen Wünsche, setze jeder seine eigene Ueberzeugung bei Seite, schließe jeder sich offen und treu der Ueberzeugung der Majorität an, wenn es gilt, wie jetzt, das Vaterland zu retten.

Lange genug haben wir geseufzt über die politische Zerrissenheit Deutschlands; hütten wir uns jetzt, daß die Nachwelt nicht von uns sage: „Sie waren der Freiheit und des Vaterlandes unwerth, weil sie es weder verstanden, noch vermochten, die eigene Ansicht zum Besten des Vaterlandes hinzugeben.“

Deutschland über Alles! sei unser Wahlspruch, und „Einigkeit führt zur Einheit“, die Richtschnur unsers Handelns. Der gegenwärtige Zwist über die Berathung der neuen Verfassung hat schon in unserm Lande zu traurigem Zwiespalte geführt, selbst wahre Patrioten sich entfremdet, und gedroht auf eine bedauerliche Weise das Zutrauen zwischen Regierung und einem sehr großen Theile der Nation zu untergraben.

Der Deutsche ist überhaupt durch seine ausschließlichen theoretischen Betrachtungen zu sehr geneigt, die practische Nothwendigkeit zu verkennen, und die eigene Ansicht auf Kosten des Gemeinwohls zu verfechten.

Deshalb wende ich mich an euch, meine ostfriesischen Mitbürger, mit dem aufrichtigen Herzen des Patrioten und der Sorge des in Deutschlands Geschichte etwas bewanderten Mannes, daß wir Vereinigungen bilden mögen, in denen die oben gewünschte Tendenz der Einigkeit und der Vaterlandsliebe jede andere Rücksicht, selbst die der eigenen Ueberzeugung überwiege.

Ueber ihre Einrichtung, und besonders über ihr Verhältniß zu den Volksversammlungen werde ich nächstens einige Vorschläge machen.

F. W. Miquel.

Münchener Bürgerversammlung, 3. Mai.

Beschlossen eine Adresse an Königlich-Gesamtministerium und Stände, den Verfassungstreue betreffend; ferner eine Petition wegen der Bekanntmachung über die Bürgerwehren in den Städten; unterschrieben eine Petition wegen Erweiterung des städtischen Bürgerrechts.